

4. November 2015

Bildungsabbau im Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2019

Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte

Der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband alv, der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Aargau VSLAG und der Verband der Schulpflegepräsidentinnen und Schulpflegepräsidenten VASP anerkennen die Tatsache, dass sich der Kanton Aargau in einer schwierigen finanziellen Lage befindet, auch wenn, zieht man die geringe Verschuldung und die beachtlichen Vermögenswerte in Betracht, kaum von einer bedrohlichen Situation gesprochen werden kann. Die Rating-Agenturen bestätigen dies, drohen doch ohne Gegenmassnahmen für die nächsten Jahre in der Finanzierungs- beziehungsweise Erfolgsrechnung Defizite in der Grössenordnung von zwei bis drei Prozent des Staatshaushalts. Über die Ursachen dieses Umstands kann man je nach politischer Grundhaltung unterschiedlicher Meinung sein. Pragmatisch betrachtet wird es in den nächsten Jahren darum gehen, sowohl durch die Erhöhung der Einnahmen als auch durch die Senkung der Ausgaben ein auf die Dauer ausgeglichenes Budget vorlegen zu können.

Trotz dieser finanzpolitischen Vorgaben darf der Kanton Aargau die Sachpolitik nicht aus den Augen verlieren. Es muss ein Anliegen des Grossen Rats sein, dass auch in dieser schwierigen Situation keine Entscheidungen getroffen werden, die die Bildung der Kinder und Jugendlichen und damit die Zukunft des Kantons nachhaltig beeinträchtigen. Unbedachte Abbaumassnahmen, wie sie vorgesehen sind, haben teilweise das Potential, langfristig einen grossen sozialen und volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten. Nach der Verfassung und ihrem Amtseid sind die Mitglieder des Grossen Rats nicht nur für eine ausgewogene Finanzpolitik verantwortlich, sie sind auch dem Wohl der Bevölkerung des Kantons verpflichtet.

Entsprechend der viel zitierten Bildungs-Metastudie von Hattie ist es heute eine anerkannte Tatsache, dass die Qualität eines Bildungssystems in hohem Masse von der Qualität des Unterrichts und damit von der Qualität der beschäftigten Lehrpersonen abhängt. Diese Erkenntnis legt es nahe, dass der Kanton Aargau auf Schritte verzichten sollte, die qualifizierte Lehrpersonen dazu veranlassen, den Kanton zu verlassen oder geeignete Personen daran hindern, den Lehrberuf zu ergreifen. Als Gremium mit partieller Arbeitgeberfunktion sollte der Grosse Rat auch darauf achten, dem

Personal mit Wertschätzung zu begegnen. Regelmässige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefährden die Motivation der Lehrpersonen, wie dies in der Berufszufriedenheitsstudie klar zu Tage getreten ist, und damit die Bildung der Kinder und Jugendlichen. Ein gut funktionierendes Schulsystem ist schnell zerstört. Wie leidvolle Erfahrungen in vielen Ländern zeigen, ist jedoch der Wiederaufbau ein langwieriger Prozess.

Auch wenn sich der alv, der VSLAG und der VASP gegen einige Vorschläge des Regierungsrats zur Wehr setzen, so können sie doch im Sinne eines Kompromisses und mit Blick auf die aktuelle Finanzlage einem beträchtlichen Teil der Abbaumassnahmen zustimmen. Beim Abwägen, ob eine Massnahme pädagogisch zu verantworten sei oder nicht, nehmen die drei Verbände, die sich professionell mit der Schule beschäftigen, für sich in Anspruch, dies praxisorientierter beurteilen zu können, als der Regierungsrat, der funktionsbedingt eine grosse Distanz zur Befindlichkeit der Schule hat. Die drei Verbände bitten Sie deshalb, Sach- und Finanzpolitik gegeneinander abzuwägen und die vier folgenden Anträge zu unterstützen:

Antrag 1: Für das Budget 2016 wird die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 1% festgelegt.

Begründung: Auch wenn die Nullrunde bei den Löhnen für die einzelne Lehrperson mit Blick auf die negative Teuerung verkraftbar erscheint, so verzerrt sie doch die Lohnkurve noch stärker, als dies heute schon der Fall ist. Diese Verschlechterungen spüren vor allem die Lehrpersonen der jüngeren und mittleren Altersklassen. In Zukunft wird, im Fall einer Nullrunde, der Lohn einer jungen Lehrperson in den ersten sechs Jahren nur um 2.6% ansteigen, während dieser Anstieg in den Nachbarkantonen mit einem garantierten Stufenanstieg bis zu 22% beträgt. Mit Jahreslöhnen, die nach zehn Dienstjahren um 18'000 Franken unter dem Durchschnitt der umgebenden Kantone liegen, ist der Kanton Aargau nicht mehr attraktiv. Es wird für die verantwortlichen Schulleitungen und Schulpflegen noch schwieriger bis unmöglich werden, geeignete Lehrpersonen zu finden. Heute schon verlässt die Hälfte der Lehrpersonen in den ersten fünf Dienstjahren die Schulen des Kantons Aargau. Im Anhang finden Sie zur Illustration der dramatischen Situation eine Zusammenstellung der Lohnentwicklung im Kanton Aargau und in den benachbarten Kantonen.

Antrag 2: Auf die Reduktion der ungebundenen Lektionen an der Primarschule wird verzichtet (E16-310-9). Das Globalbudget der Volksschule wird um 2,2 Mio. Franken erhöht.

Begründung: Die Reduktion der ungebundenen Lektionen an der Primarschule zieht eine erhebliche Verschlechterung der Unterrichtsqualität nach sich. Eine Teilung der Klassen in den Kernfächern ist kaum mehr möglich. Damit wird die individuelle Betreuung der Kinder erschwert, eine wirksame Integration verunmöglicht und die Belastung der einzelnen Primarlehrperson weiter erhöht. Viele Angebote, die die Schulen vor Ort entwickelt haben, können den Kindern nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Zudem wird es in den meisten Klassen nicht mehr möglich sein, ein Vollpensum zu unterrichten, was den Beruf insbesondere auch für Männer noch unattraktiver macht. An vielen Orten werden Blockzeiten von vier Stunden nur noch mit zusätzlicher Finanzierung durch die Gemeinden möglich sein.

Antrag 3: Auf den Abbau beim Fach „Deutsch als Zweitsprache“ wird verzichtet (E16-310-11). Das Globalbudget der Volksschule wird um eine Million Franken erhöht.

Begründung: Die Rahmenbedingungen für den DaZ-Unterricht wurden bereits im Zusammenhang mit der „Leistungsanalyse“ erheblich verschlechtert. Eine ungenügende Unterstützung der schwächsten Kinder gefährdet deren Integration in unser Schulsystem. Da die Sprachentwicklung alle anderen Kompetenzen beeinflusst, wird ein Leistungsabbau in diesem Bereich vermehrt zu schulischen und sozialen Problemen führen. Kosten, die bei der Prävention eingespart werden, fallen später in Form von Einzelförderungen wieder an, auch wenn sie nicht budgetiert sind.

Antrag 4: Die Pflichtpensen am Gymnasium werden auf der aktuellen Höhe belassen (E16-320-07). Das Globalbudget der Abteilung Berufsbildung und Mittelschulen wird um eine Million Franken erhöht.

Begründung: Die Erhöhung der Anzahl Lektionen für ein Vollpensum am Gymnasium bedeutet eine durch keine Fakten zu begründende Verschlechterung der Anstellungsbedingungen. Auch am Gymnasium lag die durch das Departement BKS 2008 empirisch erhobene Arbeitszeit weit über der gesetzlichen Jahresarbeitszeit. Seit dieser Erhebung hat die zeitliche Belastung der Lehrpersonen durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen eher zu- als abgenommen. Völlig unverständlich ist die Begründung der Regierung, dass die Jahresarbeitszeit mit einer zusätzlichen Lektion nicht zunehmen würde. Dies würde implizieren, dass heute über 4% der Arbeitszeit sinnlos verschwendet würde, eine doch sehr gewagte Behauptung. Speziell bei den Sportlehrpersonen zeigt ein Vergleich mit den Nachbarkantonen und den Lehrpersonen der Berufsschule, dass deren Lektionenverpflichtung schon heute an der obersten Grenze liegt.

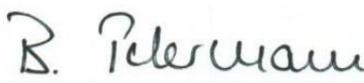
Falls der Grosse Rat die beantragten Mehrausgaben im Sinne eines ausgeglichenen Budgets an anderen Orten zu kompensieren gedenkt, so bitten Sie die unterzeichnenden Verbände, darauf zu achten, dass nicht die Lehrpersonen zusätzlich belastet, sondern wirklich Leistungen abgebaut werden. Einer solchen Diskussion werden sich die Verfasser dieser Stellungnahme nicht verschliessen.

Vielen Dank für die wohlwollende Aufnahme unserer Anliegen und eine konstruktive Diskussion, die neben den Finanzen auch die Qualität der Bildung im Auge behält.

Freundliche Grüsse

Verband Aargauischer Schulleiterinnen- und Schulleiter VSLAG,
Verband Aargauer Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten VASP und
Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband alv

gemeinsam für eine starke Bildung Aargau!



Beat Petermann
Co-Präsident VSLAG



Franco Corsiglia
Präsident VASP



Elisabeth Abbassi
Präsidentin alv